



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2011

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2011 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 3. November 2010

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten.....	6
Departement des Innern.....	10
Justiz- und Polizeidepartement	14
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	16
Finanzdepartement.....	19
Volkswirtschaftsdepartement.....	22
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	26

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2011 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2011 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2012 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2011

Bundeskanzlei

Ziel 1: Effektive und effiziente Unterstützung des Bundesrates in seiner Regierungstätigkeit

- ▶ Die Bundeskanzlei hat die vom Bundesrat beschlossenen Konzeptaufträge und Massnahmen im Zusammenhang mit dem Bericht der GPK vom 30. Mai 2010 zeitgerecht erarbeitet, dem Bundesrat zum Entscheid vorgelegt und die Umsetzung eingeleitet.
- ▶ Die Beschlüsse des Bundesrates im Rahmen der Regierungsreform, welche die Bundeskanzlei betreffen, sind zeitgerecht erarbeitet, kommuniziert und umgesetzt.
- ▶ Das Konzept für die «Krisenkommunikation» ist in der ersten Jahreshälfte 2011 erarbeitet, genehmigt und umgesetzt.
- ▶ Das «Kommunikationskonzept Bundeskanzlei» ist in der ersten Jahreshälfte 2011 erarbeitet, genehmigt und die Umsetzung eingeleitet.

Ziel 2: Effiziente, prozess- und zielgerichtete Aufgabenerfüllung

- ▶ Die Bundeskanzlei führt ihre Aufgaben für die Nationalratswahlen 2011 fristgerecht und korrekt aus.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Perspektiven 2025» Anfang April 2011 zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Personensicherheitsüberprüfung für die Top-Kader der Bundesverwaltung ist in der ersten Jahreshälfte 2011 aufgebaut und im Einsatz.
- ▶ Die Entscheide der Generalsekretärenkonferenz über die Verantwortlichkeiten, die Fortsetzungsarbeiten und die Finanzierungsfragen betreffend die «überdepartementalen Prozesse GEVER Bund» liegen bis Ende März 2011 vor.
- ▶ Die Bundeskanzlei schafft die Voraussetzungen, dass das Projekt «GEVER Bund» bis Ende 2011 abgeschlossen, die ersten überdepartementalen Prozesse eingeführt, die Fortsetzungsarbeiten in personeller und finanzieller Hinsicht geklärt und in die Linie integriert sind. Der Programmbericht und die Beschlüsse über das Programm «GEVER Bund» sind dem Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte 2011 zum Entscheid unterbreitet.
- ▶ Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen im Rahmen der Sprachenverordnung sind in der Bundeskanzlei in der ersten Jahreshälfte 2011 organisatorisch, konzeptionell und fachlich umgesetzt.
- ▶ Die Überprüfung und Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode 2012 bis 2015 sind bis Ende 2011 abgeschlossen.*
- ▶ Die Strategie Bundeskanzlei 2015 wird im Rahmen der geplanten Massnahmen für das Jahr 2011 umgesetzt.

Ziel 3: Zeit- und fachgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- ▶ Das bestehende Informatik-System des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen ist technisch angepasst und Teile des neuen Systems sind im Jahr 2011 realisiert.
- ▶ Die Erneuerung der technischen Instrumente für die politischen Rechte (PORE) sind bis November 2011 mehr als zur Hälfte realisiert.
- ▶ Die Voraussetzungen zur Einführung des Vote électronique für Auslandschweizer sind vorhanden und weitere Pilotversuche bei elektronischen Abstimmungen konnten durchgeführt werden.
- ▶ Die der Bundeskanzlei im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz zugewiesenen Projekte sind bis Ende Oktober 2011 abgeschlossen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Konsolidierung und Ausbau der Beziehungen mit der EU

- ▶ Das institutionelle Verhältnis der Schweiz zur EU ist geklärt.*
- ▶ Die Verhandlungen über ein sektorielles Abkommen über Agrarfreihandel, Lebensmittel, Produktesicherheit und Gesundheit sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich der Elektrizität sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH und CLP¹) sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Satellitennavigationssystem GALILEO sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden sind abgeschlossen.
- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung der Anpassung von Anhang III des Freizügigkeitsabkommen ist vom Bundesrat verabschiedet worden.*
- ▶ Die Kommunikationsstrategie der Schweiz gegenüber den EU-Institutionen in Brüssel ist umgesetzt worden.

Ziel 2: Konsolidierung und Ausbau der bilateralen Beziehungen

- ▶ Die Umsetzung von Absichtserklärungen zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen zu Partnerländern wird fortgeführt.
- ▶ Die Zusammenarbeit mit Asien und Ozeanien in bilateralen, multilateralen und regionalen Bereichen (z.B. ASEM, SAARC) ist gestärkt.
- ▶ Die politischen Konsultationen mit den nicht G-20 Staaten in Afrika und dem Mittleren Osten wurden konsolidiert.

Ziel 3: Konsolidierung der Rolle der Schweiz als Gaststaat

- ▶ Der Bericht über die Herausforderungen und Perspektiven des internationalen Genf ist vom Bundesrat verabschiedet.*

¹ CLP: EG-Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen.

Ziel 4: Stärkung der Rolle der Schweiz in internationalen Organisationen

- ▶ Die Vertretung der Schweiz in den Repräsentativ- und Leitungsorganen der internationalen Organisationen wurde ausgebaut. Die Kampagnen zur Unterstützung der Schweizer Kandidaturen sind unter Einbezug der Schweizer Botschaften durchgeführt worden.
- ▶ Die Förderung der Präsenz von Schweizerinnen und Schweizern in den Sekretariaten der UNO und in anderen internationalen Organisationen ist auf die Besetzung von Positionen ausgerichtet worden, die für die Schweizer Interessenwahrung und Gaststaatspolitik prioritär sind.
- ▶ Die Schweiz hat die Präsidentschaft der Minister- und Gipfelkonferenz der Frankophonie sowie die damit verbundene Präsidentschaft der politischen Kommission des Ständigen Rats erfolgreich und zur Zufriedenheit der Mitgliedstaaten ausgeübt. Die Schweiz verfolgt den Umsetzungsprozess der von den Staats- und Regierungschefs am Gipfel von Montreux eingegangenen Verpflichtungen.
- ▶ Der Bundesrat hat von den Konsultationen in den Aussenpolitischen Kommissionen zu einer eventuellen mittelfristigen Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat Kenntnis genommen und einen Beschluss über das weitere Vorgehen gefasst.*
- ▶ Die Schweiz hat sich für mehr Effizienz und Transparenz im UNO-System eingesetzt. Sie hat sich entsprechend in den intergouvernementalen Verhandlungen wie auch in direkten Kontakten mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats für eine Reform des Sicherheitsrats, insbesondere der Arbeitsmethoden, eingebracht. Ebenso hat sich die Schweiz für mehr Rechtsstaatlichkeit und transparentere Verfahren bei UNO-Sanktionen sowie für eine bessere Architektur der Friedensförderung der Vereinten Nationen stark gemacht.

Ziel 5: Verstärkung des Einsatzes für die Abrüstung und Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen

- ▶ Der Bundesrat hat seinen Einsatz für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation weiter verstärkt. Einen besonderen Akzent hat er dabei auf die Massenvernichtungswaffen, besonders auf die Nuklearwaffen gelegt. Er hat die katastrophalen humanitären Konsequenzen des Einsatzes von Nuklearwaffen sowie das humanitäre Völkerrecht ins Zentrum der Abrüstungsdiskussion gerückt. Dies trägt zur Delegitimierung der Nuklearwaffen bei und unterstützt die Bestrebungen, sie völkerrechtlich zu verbieten.*

Ziel 6: Engagement der Schweiz zugunsten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts

- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens vom 30. Mai 2008 über die Streumunition ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist eröffnet.*
- ▶ Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist verabschiedet.
- ▶ Die Schweiz hat aktiv zu einer erfolgreichen und substanziellen Rotkreuzkonferenz im November 2011 beigetragen.
- ▶ Die Schweiz hat aktiv bei der Überprüfung des Menschenrechtsrats mitgewirkt. Sie hat insbesondere dazu beigetragen, dass die bestehenden Mechanismen des Menschenrechtsrats verbessert worden sind, damit dieser rasch und wirkungsvoll auf Menschenrechtsverletzungen reagieren kann.

Ziel 7: Friedensförderung und Konfliktprävention

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft betreffend den Rahmenkredit für die zivile Friedensförderung und die Stärkung der Menschenrechte 2012–2015 genehmigt.*
- ▶ Die Schweiz hat sich zusammen mit Spanien bei der Lancierung der internationalen Kommission gegen die Todesstrafe mit der Beherbergung des Sekretariats der Kommission in Genf und dem Vorsitz der Gruppe der unterstützenden Länder im 2011 engagiert.
- ▶ Die Schweiz hat ihr Engagement in der Genozidprävention durch die Mitorganisation des dritten Regionalforums zu Genozidprävention (Europa) verstärkt.

Ziel 8: Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit, Ostzusammenarbeit und humanitären Hilfe

- ▶ Die Botschaft zur Verlängerung und Aufstockung des Rahmenkredits der humanitären Hilfe ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die entwicklungspolitische Kohärenz ist erhöht (Übereinstimmung mit anderen Politikfeldern des Bundes). Die Verknüpfung erfolgt im Rahmen des Aussenpolitischen Berichts 2011, aber auch im operationellen Geschäft.

Ziel 9: Verstärkung der proaktiven Landeskommunikation der Schweiz im Ausland

- ▶ Die Landeskommunikation ist zu einem integralen Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik geworden.
- ▶ Der Bundesrat hat die Strategie der Landeskommunikation für die Jahre 2012–2015 verabschiedet.
- ▶ Die Nutzung von neuen Kommunikationskanälen, wie z.B. sozialen Netzwerken, für die Landeskommunikation ist geprüft und deren Umsetzung ist in die Wege geleitet worden.

Departement des Innern

Ziel 1: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung von Artikel 119 der Bundesverfassung und zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung im Zusammenhang mit der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (Fortpflanzungsmedizinengesetz) ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Medizinalberufegesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe, welches die Anforderungen an die Ausbildung und die Berufsausübung der Gesundheitsberufe im Hochschulbereich regelt, ist eröffnet.*

Ziel 2: Gesundheit fördern

- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» ist verabschiedet.*
- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinalprodukte (Heilmittelgesetz; HMG, zweite Etappe) ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die nationale Strategie und der Aktionsplan zur Eliminierung der Masern in der Schweiz ist verabschiedet.*

Ziel 3: Steigerung der Effizienz, Transparenz und Qualität in der Gesundheitspolitik

- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Aufsichtsgesetz im Bereich der sozialen Krankenversicherung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz zur Einführung des elektronischen Patientendossiers ist eröffnet. Ein wichtiger Schritt der Umsetzung der «Strategie eHealth Schweiz» ist erfolgt.*
- ▶ Die neuen Vorschriften für die Kapitalanlagen der Krankenkassen sind in Kraft gesetzt (Revision der Verordnung über die Krankenversicherung, KVV).
- ▶ Zur Berechnung der Reserven der Krankenkassen ist ein risikobasiertes System eingefügt. Zudem ist ein Korrekturmechanismus geschaffen, mit welchem zu hohe Prämien in der Vorperiode nachträglich korrigiert werden können (Revision der Verordnung über die Krankenversicherung, KVV).
- ▶ Der Bericht zur Strategie gegen den Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin (in Erfüllung der Motion Fehr 08.3608) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zum Gefährdungspotenzial von Internet und Online-Games (in Erfüllung des Po. Forster 09.3521) ist verabschiedet.*

Ziel 4: Sozialwerke sanieren und sichern

- ▶ Die Botschaft zu einem zweiten Massnahmenpaket zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6b), welche die langfristige finanzielle Sanierung und Stabilisierung der IV zum Gegenstand hat, ist verabschiedet.*
- ▶ Die für die Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6a) notwendigen Anpassungen der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) sind verabschiedet.*
- ▶ Die Strukturreform in der beruflichen Vorsorge (Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmender, Inkraftsetzung der Gouvernanz- und Transparenzbestimmungen, neue Bestimmungen zur Aufsichtsstruktur) ist umgesetzt.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht Zukunft 2. Säule verabschiedet. Der Bericht ist eine Bestandesaufnahme des beruflichen Vorsorgesystems und seiner Effizienz innerhalb des Drei-Säulen-Systems. Es werden die anstehenden Herausforderungen analysiert und Vorschläge zur mittel- und langfristigen Konsolidation der beruflichen Vorsorge unterbreitet.*
- ▶ Der Bundesrat hat Stellung genommen zum Entwurf für ein neues Gesetz zum Vollzug der AHV, welches die unbestrittenen Vorschläge aus der Vorlage zur 11. AHV Revision aufnimmt (technische Anpassungen für eine effizientere Verwaltung der Versicherung, Aktualisierung bei der Beitragserhebung zur Behebung von Systemlücken und -mängeln).*

Ziel 5: Bildung, Forschung und Innovation fördern

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG), welche die Stärkung des internationalen Wettbewerbs vorsieht und die rechtlichen Grundlagen für einen nationalen Innovationspark schafft, ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2013–2016 ist erarbeitet.*
- ▶ Die Zwischenevaluation des ETH-Bereichs gemäss Art. 34a ETH-Gesetz ist abgeschlossen.
- ▶ Der Vorentwurf und Bericht zur Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes ist dem Bundesrat unterbreitet.*
- ▶ Aktionsplan «Synthetische Nanomaterialien»: Der Bericht über den Stand der Umsetzung, die Wirkung und den Regulierungsbedarf ist verabschiedet.*

Ziel 6: Gleichstellung von Frau und Mann fördern

- ▶ Die Zwischenberichte zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses zum UNO-Frauenübereinkommen CEDAW liegen vor.
- ▶ Die interdepartementale Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt (IAHG) zur Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht über Gewalt in Paarbeziehungen (in Erfüllung des Postulats Stump 05.3694, BBI 2009 4087) wird unter Federführung des EBG weitergeführt. Ein Zwischenbericht an die Rechtskommission des Nationalrats zum Stand der Umsetzung liegt vor.

Ziel 7: Kulturelle Vielfalt fördern und vermitteln

- ▶ Die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012–2015 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Ausführungsverordnung zum Kulturförderungsgesetz (KFG) liegt vor.
- ▶ Die Förderkonzepte EDI gemäss Kulturförderungsgesetz (KFG) liegen vor.

Ziel 8: Entwicklung einer kohärenten Familienpolitik

- ▶ Die Ausführungsbestimmungen zum revidierten und um vier Jahre verlängerten Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sind verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über Koordinationsmassnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie (in Erfüllung des Postulats Fehr 07.3725) ist verabschiedet.*

Ziel 9: Bekämpfung der Armut in der Schweiz

- ▶ Die Massnahmen zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz, insbesondere die Massnahmen zur Wiedereingliederung von Personen in den Arbeitsmarkt werden fortgesetzt.*
- ▶ Die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Invaliden- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe wird vertieft und die Zusammenarbeit institutionalisiert.*
- ▶ Der Bericht über Schwelleneffekte und deren Auswirkung im System der sozialen Sicherheit (in Erfüllung des Postulats Hêche 09.3161) ist verabschiedet.*

Ziel 10: Bundesstatistik vertiefen und stärken

- ▶ Die Verordnungen, die sich auf das Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992 stützen, insbesondere die Statistikerhebungsverordnung und die Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR), sind überprüft und die sich daraus ergebenden Änderungen verabschiedet.
- ▶ Die ersten Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählung 2010 sind publiziert.

Ziel 11: Historische Forschungsinfrastruktur stärken und digitale Zugänglichkeit der Unterlagen ermöglichen

- ▶ Archivgut wird - on demand - digitalisiert und für die Forschung elektronisch verfügbar gemacht. Die langfristige Erhaltung und Bereitstellung digital verfügbarer amtlicher Daten und Informationen ist konsolidiert.
- ▶ Die Lösung über die Umsetzung eines Single Point of Orientation (SPO) für den zentralen Nachweis von amtlichen Dokumenten ist dem Bundesrat beantragt.*

Ziel 12: Reform von MeteoSchweiz

- ▶ Der Entwurf für das neue Meteorologiegesezt ist in die Vernehmlassung geschickt.*
- ▶ Die Grundlagen und Rahmenbedingungen (Strategie, Leistungsangebot, Finanzierung) zur Auslagerung von MeteoSchweiz in den dritten Kreis sind definiert.*

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zur Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes sowie des Jugendstrafgesetzes (Sanktionensystem) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zur Revision des Besonderen Teils des Strafgesetzbuches (Harmonisierung der Strafraumen) verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes (Polizeiaufgabengesetz) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des UN-Feuerwaffenprotokolls und zur Änderung des Waffengesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Strafgesetzbuches zur Umsetzung von Artikel 123b BV (Unverjährbarkeitsinitiative) ist verabschiedet.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Konvention gegen den sexuellen Kindesmissbrauch («Lanzarote-Konvention») ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung über die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Bestimmungen über das Strafregister) ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Evaluation des trilateralen Polizeikooperationsabkommens Fürstentum Liechtenstein – Österreich – Schweiz zur Kenntnis genommen und gegebenenfalls über die Weiterentwicklung des Vertrags entschieden.
- ▶ Der Bundesrat hat den Vertragstext zum Überstellungsvertrag verurteilter Personen mit Kosovo genehmigt und die Ermächtigung zur Unterzeichnung erteilt.
- ▶ Der Bundesrat hat den Vertragstext zum Überstellungsvertrag verurteilter Personen mit der Dominikanischen Republik genehmigt und die Ermächtigung zur Unterzeichnung erteilt.
- ▶ Beteiligung der Schweiz am europäischen Visuminformationssystem VIS mit regional gestaffelter Einführung der Biometrie: Biometrische Visa können durch die Schweiz ausgestellt werden.
- ▶ Neue biometrische Ausländerausweise können ausgestellt werden.
- ▶ Der Entwurf einer nationalen Grenzverwaltungsstrategie (Integrated Borders Management Strategie) liegt vor. Das Departement hat einen entsprechenden Zwischenbericht zuhanden des Bundesrates verabschiedet.

Ziel 2: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Die Vernehmlassung über eine Vorlage zur Teilrevision des Obligationenrechts (Verjährungsrecht) ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zum gesetzlichen Schutz für Hinweisgeber von Korruption (in Erfüllung der Mo. Gysin 03.3212) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats Savary 10.3263 («Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik?») verabschiedet.

Ziel 3: Familienpolitik und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Vorsorgeausgleich bei Scheidung) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Integrationsgesetz bzw. zu einer Revision des Ausländergesetzes im Integrationsbereich ist eröffnet.*

Ziel 4: Staatliche Institutionen

- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Vorlage betreffend die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden ist eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht betreffend Neuorganisation der Registerinfrastruktur zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen im Bereich Ausweisschriften (Vergabe / Erneuerung der bestehenden Ausweise) entschieden.
- ▶ Die informations- und kommunikationstechnologischen Anwendungen und Projekte erfüllen die Anforderungen an die Rechtsgrundlagen und an die Sicherheit gemäss dem Datenschutz- und Informationssicherheits-Managementsystem EJPD.
- ▶ Die vorbereitenden Arbeiten für den Transfer des Bundesamts für Metrologie (METAS) in ein Eidgenössisches Institut für Metrologie (METAS) sind entsprechend der Transfervereinbarung zwischen dem Departement und dem METAS ausgeführt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Sicherheitsverbund Schweiz

- ▶ Die Strukturen des Koordinations- und Konsultationsmechanismus des Sicherheitsverbundes Schweiz (KKM SVS) sind definiert und die personelle Besetzung ist sichergestellt.
- ▶ Der KKM SVS hat seine Tätigkeit aufgenommen.
- ▶ Erste Erkenntnisse zum KKM SVS liegen vor.

Ziel 2: Strategie «Bevölkerungs- und Zivilschutz 2015»

- ▶ Die Strategie ist bis Mitte 2011 dem Bundesrat und der Militär- und Zivilschutzdirektoren Konferenz (MZDK) vorgelegt worden.*
- ▶ Die Strategie ist bis Ende 2011 vom Bundesrat verabschiedet und von der Militär- und Zivilschutzdirektorenkonferenz (MZDK) mit Zustimmung zur Kenntnis genommen worden.*
- ▶ Der Bericht zu den Kosten der Verteilung von Jodtabletten zum Schutz vor radioaktiv verseuchtem Jod (in Erfüllung des Po. FK-NR 10.3350) ist im 2. Halbjahr 2011 verabschiedet.*

Ziel 3: Umsetzung «Weiterentwicklung der Armee»

- ▶ Die Umsetzung des Armeeberichts ist geplant. Die «Herausforderungen der Armee» (Mängelliste) sind in die Planung integriert.

Ziel 4: Rüstungsprogramm basierend auf der Ressourcenlage und den sicherheitspolitischen Schwergewichten

- ▶ Die mittelfristige Armeepanung (Masterplan) gestützt auf den sicherheitspolitischen Bericht bzw. den Armeebericht ist erarbeitet.
- ▶ Die resultierenden Vorhaben (Rüstungsprojekte, Studien etc.) zur materiellen Sicherstellung der Armee sind zur Kostenberechnung an die armasuisse beauftragt.
- ▶ Die Rüstungsplanung basiert auf der aktuellen Ressourcenlage und den sicherheitspolitischen Schwergewichten.
- ▶ Die fehlenden Grundvoraussetzungen (Fähigkeiten) zur Erbringung der geforderten Leistungen der Armee sind auf der Basis der politischen Vorgaben geschaffen.

Ziel 5: Steigerung der Effizienz und Effektivität von armasuisse

- ▶ Die Effizienz und Effektivität von armasuisse in der Leistungserbringung ist kontinuierlich und dauerhaft gesteigert.

Ziel 6: Positionierung von armasuisse als Beschaffungsorganisation

- ▶ armasuisse hat ihre Position als Beschaffungsorganisation im VBS wie auch im Bund weiter gestärkt.

Ziel 7: Rüstungs- und Immobilienplanung von armasuisse

- ▶ armasuisse hat einen professionellen Beitrag zu Gunsten der langfristigen Rüstungsplanung geleistet.
- ▶ armasuisse hat die langfristige Immobilienplanung erfolgreich geführt.

Ziel 8: Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes und des Zivilschutzes

- ▶ Die Revision der Verordnung über den Zivilschutz liegt vor.*
- ▶ Das neue System für die Alarmierung der Bevölkerung (POLYALERT) ist weiterentwickelt.

Ziel 9: Entwicklung des Sicherheitsverbundes Schweiz

- ▶ Der Bundesstab ABC und Naturereignisse (BST-ABCN) ist als Element des Sicherheitsverbundes Schweiz aufgebaut.
- ▶ Das biologische Sicherheitslabor in Spiez ist im Labornetzwerk Schweiz etabliert.

Ziel 10: Verabschiedung des Ordnungsrechts zum Sportförderungsgesetz

- ▶ Die Verordnungen zum neuen Sportförderungsgesetz und zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport sind verabschiedet.*

Ziel 11: Vorbereitung des 4. Massnahmenpakets zum Nationalen Sportanlagenkonzept (NASAK 4)

- ▶ Das Konzept «NASAK 4» liegt vor.*

Ziel 12: Priorisierung der Themenbereiche des neuen Grundauftrages des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)

- ▶ Die SWISSLIST ist in Berücksichtigung des neuen Grundauftrages des NDB aktualisiert und entscheidreif.
- ▶ Die Themenbereiche sind im Rahmen des neuen Grundauftrages des NDB priorisiert.

Ziel 13: Anpassung der rechtlichen Grundlagen

- ▶ Die Vernehmlassungsunterlagen für das Nachrichtendienstgesetz (NDG) sind verwaltungsimtern konsolidiert.

Ziel 14: Lehren und Massnahmen aus dem Informationssystem Innere Sicherheit (ISIS)-Bericht

- ▶ Die Lehren aus dem ISIS-Bericht sind gezogen und relevante Schlussfolgerungen (Datenbearbeitung) in den Entwurf zum NDG eingeflossen.
- ▶ Die Massnahmen aufgrund des ISIS-Berichtes sind getroffen und umgesetzt.

Finanzdepartement

- Ziel 1: Limitierung von volkswirtschaftlichen Risiken durch systemrelevante Banken («Too big to fail»)**
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bankengesetzes im Bereich «Too big to fail» ist verabschiedet.*
- Ziel 2: Regulierung der Vergütungssysteme («Boni») von systemrelevanten Finanzunternehmen mit Staatshilfe**
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bankengesetzes im Bereich «Boni von systemrelevanten Unternehmen mit Staatshilfe» ist verabschiedet.*
- Ziel 3: Steuerdialog mit der EU betreffend den EU-Verhaltenskodex über die Unternehmensbesteuerung**
- ▶ Die Sondierungsgespräche mit der EU sind abgeschlossen und dem Bundesrat wird ein Bericht über das weitere Vorgehen vorgelegt.*
- Ziel 4: Schaffung eines Bundesgesetzes über die internationale Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen (Steueramtshilfegesetz)**
- ▶ Die Botschaft für ein Steueramtshilfegesetz ist verabschiedet.*
- Ziel 5: Anpassung der Börsengesetzgebung**
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Börsengesetzes im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch ist verabschiedet.*
- Ziel 6: Weiterentwicklung der ergebnisorientierten Verwaltungsführung (FLAG)**
- ▶ Der Richtungsentscheid über den Verbleib bei einer dualen Verwaltungsführung (ressourcenorientierte Führung / Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget) bzw. den Wechsel zu einem flächendeckenden ergebnisorientierten Führungsmodell ist gefallen.*
- Ziel 7: Besteuerung nach dem Aufwand**
- ▶ Die Botschaft betreffend das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 8: Internationaler Währungsfonds (IWF)

- ▶ Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Kapitalerhöhung des IWF ist verabschiedet.*

Ziel 9: Verhandlungen über die Regularisierung von un versteuerten Geldern sowie über die künftige Besteuerung von angelegten Geldern (Abgeltungssteuer)

- ▶ Erste Abkommen sind ausgehandelt.*

Ziel 10: Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes ist verabschiedet.*

Ziel 11: Verknüpfung Legislaturplanung und mehrjährige Finanzbeschlüsse

- ▶ Die finanziellen Eckwerte für die Erarbeitung der mehrjährigen Finanzbeschlüsse in den Bereichen Bildung/Forschung/Innovation, Agrarpolitik, Schieneninfrastruktur (SBB und KTU) sowie Entwicklungszusammenarbeit/humanitäre Hilfe/Osthilfe sind festgelegt.*

Ziel 12: Totalrevision Alkoholgesetz: Verabschiedung der Botschaft*

- ▶ Liberalisierung des Ethanol- und Spirituosenmarktes: Verzicht auf drei Bundesmonopole (Ethanoleinfuhr-, Ethanolherstellungs- und Spirituosenherstellungsmonopol) und auf 41 der 43 Bewilligungen.*
- ▶ Optimierung des Steuer- und Kontrollsystems: Reduktion der Steuerpflichtigen; Abbau bzw. Vereinheitlichung von Sonderbestimmungen; Übergang zur risikoorientierten Kontrolle.*
- ▶ Optimierung der Gesetzssystematik.*

Ziel 13: Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz

- ▶ Die gemäss E-Government-Strategie nach einer Periode von 4 Jahren vorgesehene Evaluation ist durchgeführt.*
- ▶ Die Grundlagen für eine zielgerichtete Weiterführung der Umsetzung von E-Government liegen vor, inkl. Anpassung und Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen.*

Ziel 14: Steuerung der Personalpolitik mit Zielvorgaben

- ▶ Das Umsetzungskonzept zur Personalstrategie liegt vor.
- ▶ Die erneuerten und ergänzten Sollwerte und Indikatoren im Personalmanagement der Bundesverwaltung sind Mitte 2011 vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 15: Optimierung Führung und Leistungserbringung in der Bundesinformatik

- ▶ Die IKT-Struktur, -Steuerung und -Führung ist optimiert.*

Ziel 16: Programm Büroautomation Bund

- ▶ Der Standardarbeitsplatz ist bei der Mehrzahl der Mitarbeitenden der Bundesverwaltung eingeführt. Die Massnahmen für den gesicherten Abschluss des Programms Büroautomation im Jahr 2012 sind umgesetzt.
- ▶ Umfang, Ausrichtung und Einbettung der Büroautomation in die Gesamtarchitektur für die Jahre 2012–2015 sind in einer Büroautomationsstrategie festgehalten und verabschiedet.

Ziel 17: Erneuerung des Leistungsauftrags BIT für die nächste Legislaturperiode

- ▶ Der Wirkungs- und Leistungsbericht des BIT für die Jahre 2007–2011 ist verabschiedet.
- ▶ Der Leistungsauftrag BIT für die Jahre 2012–2015 ist verabschiedet.

Volkswirtschaftsdepartement

Ziel 1: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

- ▶ Die Sammelbotschaft zur Standortförderung 2012–2015 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Kartellgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur administrativen Erleichterung ist verabschiedet.*
- ▶ Das Projekt E-Economy zur Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) unter den Unternehmen ist in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft lanciert. Im Bereich Cyberadministration sind weitere Etappen erreicht.
- ▶ Die revidierte Preisbekanntgabe-Verordnung ist verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Ziel 2: Intensivierung der Freihandelspolitik durch Ausbau und Verstärkung des Netzes von Freihandelsabkommen*

- ▶ Die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China sind eröffnet und fortgeschritten.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und Indien sind weitgehend abgeschlossen.
- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und Hong Kong ist unterzeichnet und die dazugehörige Botschaft verabschiedet.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und den Mitgliedern der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan sowie über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien sind weit fortgeschritten.
- ▶ Die Grundsatzentscheidungen über die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen zwischen der EFTA und Malaysia, der EFTA und Vietnam und der EFTA und den zentralamerikanischen Ländern sind getroffen.
- ▶ Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Bosnien-Herzegowina, sowie mit Montenegro sind eröffnet und die Abkommen unterzeichnet.

Ziel 3: Förderung der Doha-Runde der WTO / Sicherung der multilateralen Handelsordnung (WTO)

- ▶ Mit bilateralen Kontakten und verstärkter Koalitionsbildung sind die Voraussetzungen für einen Durchbruch in der Doha-Runde der WTO verbessert worden.*

Ziel 4: Beurteilung der Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt

- ▶ Der Bericht zur Umsetzung und Wirkung der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen im Rahmen der drei Pakete der Jahre 2009 und 2010 ist verabschiedet.*

Ziel 5: Konsolidierung und Ausbau der Beziehungen mit der EU*

- ▶ Das institutionelle Verhältnis der Schweiz zur EU ist geklärt.*
- ▶ Die Verhandlungen über ein sektorielles Abkommen über Agrarfreihandel, Lebensmittel, Produktesicherheit und Gesundheit sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich der Elektrizität sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH und CLP²) sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Satellitennavigationssystem GALILEO sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden sind abgeschlossen.
- ▶ Der Konzeptbericht zur Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit mit der EU im Zollbereich (e-Customs) und die Exploration mit der EU sind abgeschlossen und das Verhandlungsmandat ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung der Anpassung von Anhang III des Freizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat verabschiedet worden.*

Ziel 6: Botschaften zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit 2013–2016

- ▶ Die Botschaft über die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (2013–2016) sowie die Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS (2013–2016) liegen im Entwurf vor.

Ziel 7: Förderung des Markterfolgs und der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

- ▶ Die Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014 bis 2017 wurde durchgeführt und die Botschaft ist verabschiedet.*

² CLP: EG-Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen.

Ziel 8: Förderung der Tiergesundheit

- ▶ Die Botschaft über eine Änderung des Tierseuchengesetzes zur Sicherstellung einer aktiveren und schnelleren Tierseuchenprävention (in Erfüllung der Motion Zemp 08.3012) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Aktionsplan zur Umsetzung der «Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus» liegt vor.
- ▶ Eine nationale Krisenübung zum Ausbruch einer hochansteckenden Tierseuche ist durchgeführt.

Ziel 9: Förderung des Tier- und Artenschutzes

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Tierschutzgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten ist verabschiedet.*

Ziel 10: Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Weiterbildungsgesetz ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe, welches die Anforderungen an die Ausbildung und die Berufsausübung der Gesundheitsberufe im Hochschulbereich regelt, ist eröffnet.*
- ▶ Der Bericht in Erfüllung des Postulats WBK-N 05.3716 über die Ergänzung oder Abänderung der Verordnung des EVD über Studiengänge, Nachdiplomstudien und Titel an Fachhochschulen ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2013–2016 ist erarbeitet.*

Ziel 11: Konsolidierung der Wohnungspolitik

- ▶ Das Bundesengagement in der Sapomp Wohnbau AG ist beendet.
- ▶ Die Wohnraumförderung mit zinsgünstigen Darlehen aus dem Fonds de roulement ist evaluiert.
- ▶ Die Methode für die Festlegung des mietrechtlichen Referenzzinssatzes ist überprüft und allfällige Änderungen sind vorgenommen.

Ziel 12: Bericht über die Auswirkungen einer Strommangellage auf die politischen Bereiche der einzelnen Departemente und der Bundeskanzlei

- ▶ Der Bericht zuhanden des Bundesrates liegt vor.

Ziel 13: Konsolidierungsmassnahmen im Bereich des Zivildienstes

- ▶ Der zweite Bericht über die Auswirkungen der Tatbeweislösung im Zivildienst liegt dem Bundesrat zum Entscheid vor.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Ausbau und Sicherstellung der Bahninfrastruktur

- ▶ Die Vernehmlassung zu Bahn 2030 und Finanzierung der Bahninfrastruktur ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu den Massnahmen zur Ergänzung der Eisenbahnlärmsanierung und der Förderung lärmarmer Eisenbahntechnologien ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung der Kantone zu den Anpassungen und Ergänzungen 2011 des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene, ist erfolgt und die Vorlage durch den Bundesrat verabschiedet.

Ziel 2: Weiterführung der Verkehrsverlagerung

- ▶ Der Verlagerungsbericht 2011 ist verabschiedet.*

Ziel 3: Luftfahrtspolitik: Sicherstellen einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren

- ▶ Die Ausführungsgesetze zur Luftfahrtgesetz-Revision Paket 1 sind erlassen.
- ▶ Die Aussenlandeverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Verordnung über die Flughafengebühren ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der Objektblattentwurf für den SIL Zürich ist verwaltungsintern bereinigt.
- ▶ Die Gespräche mit Deutschland betreffend Anflugverfahren Zürich sind in Bezug auf die Definition des Handlungsspielraumes weiter fortgeschritten.

Ziel 4: Weitere Umsetzung der Energieaussenpolitik

- ▶ Die Verhandlungen im Bereich der Elektrizität sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Energiedialoge mit den Nachbar- und ausgewählten Drittstaaten werden regelmässig weiter geführt.

Ziel 5: Steigerung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien*

- ▶ Die kostendeckende Einspeisevergütung ist mit der Revision der Energieverordnung angepasst.*
- ▶ Die Effizienzvorschriften für elektrische Geräte sind mit der Revision der Energieverordnung angepasst.*
- ▶ Die zweite Etappe des Programms EnergieSchweiz 2011–2020 ist gestartet.

- Ziel 6: Sicherheit, weitere Nutzung der Kernenergie und nukleare Entsorgung klären**
- ▶ Die Vernehmlassung der Stauanlagenverordnung ist eröffnet.
 - ▶ Die Vernehmlassung der Kernenergiehaftpflichtverordnung ist eröffnet.
 - ▶ Die Rahmenbewilligungsgesuche für neue Kernkraftwerke sind öffentlich aufgelegt.
 - ▶ Die Etappe 1 des Sachplans geologische Tiefenlager ist abgeschlossen.*

- Ziel 7: Marktregulierung Elektrizität**
- ▶ Verbesserung der wettbewerbsorientierten und sicheren Stromversorgung durch die Revision des Stromversorgungsgesetzes; Eröffnung der Vernehmlassung.*

- Ziel 8: Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen**
- ▶ Der Bericht über die Biodiversität Schweiz ist vom Bundesrat verabschiedet.*
 - ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zu einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes ist vom Bundesrat eröffnet.*
 - ▶ Das Raumkonzept ist als Grundlage für die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes verabschiedet.*
 - ▶ Der «Aktionsplan Nachhaltige Entwicklung 2012–2015» ist vom Bundesrat verabschiedet.*

- Ziel 9: Zeitgemässe Informations- und Kommunikationstechnologien**
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Revision des RTVG ist durchgeführt.*
 - ▶ Die Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz ist angepasst.
 - ▶ Der Bericht zur Lage der Presse in der Schweiz ist erarbeitet.
 - ▶ Die strategische Ausrichtung für eine zeitgemässe Fernmeldeordnung ist festgelegt.

